

Die Konjunkturpakete der Bundesregierung – Einschätzungen und Forderungen des ZGV

Zu den von der Koalition beschlossenen Konjunkturpaketen gibt der Zentralverband Gewerblicher Verbundgruppen e.V. (ZGV) eine erste Einschätzung ab. Zugleich stellt er eigene Forderungen auf.

1. Bewertung Konjunkturpaket I (5.11.2008)

- **Steuererleichterungen für Unternehmen**

Es wird für zwei Jahre eine degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von 25% eingeführt. Zusätzlich wird befristet die Möglichkeit von Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) erweitert.

Der ZGV befürwortet diese konkreten Maßnahmen. Zugleich kritisiert er das offensichtliche Fehlen eines stringenten und verlässlichen Konzeptes zur Unternehmensbesteuerung. So wurden mit der letzten Unternehmenssteuerreform große Erschwernisse beschlossen (z.B. gewerbesteuerliche Hinzurechnung von Mieten, Pachten, Leasingraten), deren Auswirkungen nun mit anderen kleinteiligen Aktivitäten begrenzt werden sollen.

- **Investitionsprogramme**

Das Finanzierungsangebot der KfW insbesondere für KMU wird bis Ende 2009 durch ein zusätzliches Kreditvolumen von 15 Mrd. Euro ausgedehnt.

Die Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und andere Maßnahmen werden um insgesamt 3 Mrd. € aufgestockt.

Die Infrastrukturprogramme der KfW für strukturschwache Kommunen werden um 3 Mrd. Euro aufgestockt.

Verkehrsinvestitionen werden durch Bereitstellung von jeweils einer

Mrd. Euro in den Jahren 2009 und 2010 beschleunigt umgesetzt.

Der ZGV befürwortet diese Maßnahmen. Sie sind geeignet, die Kapitalversorgung für KMU zu unterstützen und wettbewerbsneutrale Investitionen anzustoßen.

- **KFZ-Steuerbefreiung**

Für alle Neuwagenkäufe wird eine Kfz-Steuerbefreiung von einem Jahr gewährt; für Fahrzeuge, die die Euro-5 und Euro-6-Norm erfüllen, zwei Jahre.

Der ZGV lehnt diese Maßnahme ab. Mit einem immensen finanziellen Aufwand werden lediglich Mitnahmeeffekte verursacht.

- **Steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen**

Die Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen, Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen wird ab 2009 von derzeit 600 Euro p.a. auf 1.200 Euro p.a. ausgeweitet.

Der ZGV befürwortet den Ansatz, lokal erbrachte Handwerksleistungen zu unterstützen. Einfacher und unbürokratischer ließe sich dieses Ziel jedoch durch die europarechtskonforme Anwendung des ermäßigten MWSt-Satzes auf diese Leistungen erreichen.

- **Kurzarbeitergeld**

Zur beschäftigungspolitischen Flankierung wird befristet auf ein Jahr die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld von bisher 12 Monaten auf 18 Monate verlängert.

Der ZGV hält diese Maßnahme für einen ersten Schritt zur besseren Ausgestaltung dieses Instruments. Weitere müssen folgen.

2. Bewertung Konjunkturpaket II (12.1.2009)

- **Bürgschaftsprogramm**

Bei der KfW wird ein Bürgschaftsprogramm (Volumen: 100 Mrd. Euro) für Kredite an Großunternehmen aufgelegt, um bis zu 80 Prozent des Risikos der kreditgebenden Bank zu übernehmen.

Der ZGV sieht in dieser Maßnahme erhebliches Potential für durch Steuergelder finanzierte Wettbewerbsverzerrungen.

- **Öffentliche Investitionen und Vergaberecht**

Über ein Investitionsprogramm fließen ca. 18 Mrd. Euro in die Sanierung von Schulen und Hochschulen, in den Bau von Verkehrswegen oder die Breitbandtechnologie. Zudem wird das Vergaberecht vorübergehend vereinfacht, um auch kleineren Unternehmen den Zugang zu diesen Aufträgen zu erleichtern.

Der ZGV befürwortet die wettbewerbsneutralen Investitionen in die Infrastruktur. Die Erleichterungen im Vergaberecht sind grundsätzlich ebenfalls zu begrüßen; jedoch bleibt abzuwarten, ob sie in der Praxis tatsächlich zum Vorteil kleinerer und mittlerer Unternehmen angewandt werden.

- **Steuern und Sozialabgaben**

Der Eingangssteuersatz sinkt ab dem 1. Juli 2009 von 15 auf 14%; der Grundfreibetrag wird um 340 Euro auf 8004 Euro angehoben. Dadurch werden die Bürger in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt um ca. 9 Mrd. Euro entlastet. Von den Steuersenkungen profitieren auch die 80% der deutschen Firmen, die Einkommensteuer zahlen.

Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenkasse sollen, finanziert durch einen Bundeszuschuss, von 15,5 auf 14,9 % sinken.

Diese Maßnahmen, die auf die Stärkung der Binnennachfrage abzielen, sind zwar im Grundsatz zu begrüßen, greifen aber zu kurz.

- **Kinderbonus**

Für jedes Kind wird ein einmaliger Bonus von 100 Euro gezahlt. Der Hartz-IV-Regelsatz für Kinder zwischen sechs und 13 Jahren wird um 35 Euro erhöht.

Diese Maßnahme kann konsumfördernd wirken. Fraglich ist jedoch, ob der Umsatz von für Kinder bestimmte Produkte in vollem Umfang profitiert. Zielgenauer wäre hier die europarechtskonforme Anwendung ermäßigter MWSt-Sätze auf diese spezifischen Produkte.

- **Kurzarbeit**

Die bereits auf 18 Monate verlängerte Kurzarbeit durch 50%ige soll durch Übernahme der Sozialbeiträge für Kurzarbeiter und durch Qualifizierungsangebote attraktiver gemacht werden.

Der ZGV begrüßt diese Maßnahme.

- **Autoindustrie**

Für das Jahr 2009 wird eine Umweltprämie eingeführt. Wer ein mind. neun Jahre altes Fahrzeug abmeldet und einen umweltfreundlichen Neu- oder Jahreswagen kauft, erhält 2500 Euro.

Der ZGV lehnt diese Maßnahme ab. Mit einem immensen finanziellen Aufwand werden lediglich Mitnahmeeffekte verursacht.

- **Schuldenbremse**

Zur Begrenzung der Staatsverschuldung vereinbarten Union und SPD eine neue Schuldenbremse, die ins Grundgesetz aufgenommen werden soll. Die Maastricht-Kriterien will die Koalition möglichst einhalten.

Der ZGV hofft, dass diese Maßnahme angesichts des beschlossenen teilweise ineffizienten Einsatzes von Steuergeldern keine bloße Absichtserklärung bleibt.

3. Notwendige weitergehende Maßnahmen

- **Unternehmenssteuerreform nachbessern**

Die mit der letzten Unternehmenssteuerreform vorgenommenen Erschwernisse, insbesondere die Zinsschranke oder die gewerbesteuerliche Hinzurechnung von Mieten, Pachten und Leasingraten, führen in der konjunkturellen Krise zu einer zusätzlichen Belastung für die Unternehmen. Hier zeigt sich, welche Folgen die systemwidrige Besteuerung von Kosten hat. Der Gesetzgeber muss diese Elemente der letzten Steuerreform schnellstmöglich rückgängig machen.

- **Große Steuerreform – einfach und verlässlich**

In immer schnellerer Folge wird das deutsche Steuerrecht an verschiedensten Stellen bearbeitet, oft mit gegenläufigen Lenkungseffekten. Unternehmen und Verbraucher brauchen aber ein handhabbares und verlässliches Steuerrecht, das nicht – je nach Stand der politischen Debatte – wirtschaftlich notwendige Verhaltensweisen sanktioniert und wirtschaftlich unsinnige Verhaltensweisen anregt.

- **Bürokratieabbau ernst nehmen**

Die Bundesregierung berichtete kürzlich, dass sie die mit ihrer anspruchsvollen Entbürokratisierungsoffensive angestrebten Ziele bereits vollständig erreicht habe. Diese nicht nachvollziehbare Aussage steht im krassen Widerspruch zur den Erfahrungen der Unternehmen. Auch die jüngsten Ausweitungen von Meldepflichten, z.B. die Wiedereinführung der Sofortmeldungen zur Sozialversicherung, die Übertragung der Unfallversicherungs-Jahresmeldung auf die monatliche Meldung zur Sozialversicherung oder die Einführung einer Arbeitszeitmeldepflicht erschweren gerade den kleinen und mittleren Unternehmen das Leben.